

Bekämpfung von Kinderarbeit in der Baumwollsaatgut-Produktion: Eine Stellungnahme über die aktuelle Rolle der Multinationalen Unternehmen in Andhra Pradesh

Von der MV-Foundation
(Germanwatch-Partnerorganisation in Andhra Pradesh, Indien)

Übersetzung ins Deutsche: Germanwatch

Die Saat des Leids: Kinderarbeit in der Produktion von Baumwollsaatgut

Hunderttausende Kinder arbeiten in der Produktion von Hybrid- Baumwollsaatgut in Indien. Tag für Tag schufteten sie schonungslos unter unfassbaren Bedingungen auf den Farmen: Stundenlang in der Sonne, schädlichen Pestiziden ausgesetzt. Sie sind Opfer von extremem physischen und psychischen Missbrauch. Diskussionen und Debatten in den letzten Jahren mit den Multinationalen Konzernen haben diese lediglich dazu gebracht, Kinderarbeit in ihren Hybrid-Baumwollsaatgut Betrieben immerhin als Problem wahrzunehmen.

Wessen Verantwortlichkeit?

Es ist schon ein großer Fortschritt, dass die Baumwollsaatgutindustrie zugibt, dass Kinder arbeiten und Baumwollsaatgut produzieren. Kinderarbeit ist nicht länger versteckt oder unsichtbar. Die Industrie hat akzeptiert, dass sie ein Teil des Problems darstellt und damit auch ein Teil der Lösung sein muss. Sie hat sich erst dazu bekannt, nachdem lokale Kinderrechtsgruppen konkrete Beispiele von Kinderarbeitsrechtsverletzungen aufgedeckt hatten. Die Saatgutindustrie muss einen nächsten Schritt tun und die Hauptverantwortung für die Arbeitsumstände auf ihren Farmen übernehmen, da sie die Produktion, einschließlich Qualität und Menge der Samen, und den Standort komplett kontrollieren.

Zusammenschluss der Saatgutindustrie (Association of Seed Industries), MNCs und der M.V. Foundation

Diskussionen und Ansatzpunkte

Während des letzten Jahres führte die M.V. Foundation (MVF) Diskussionen mit den Multinationalen Konzernen (MNCs) über eine mögliche Kooperation um Kinderarbeit auf den Baumwollsaatgutfarmen zu stoppen.

Daraufhin veranstalteten die Multinationalen Konzerne ein Treffen auf Distrikt- Ebene für angehende Farmer und bekundeten öffentlich, dass Kinderarbeit nicht toleriert würde. Das war ermutigend, denn es prägte die Stimmung für die neue Saison im Februar 2004. Poster und Flugblätter wurden im Namen der Vereinigung der Saatgut Industrie (ASI) verbreitet, auf denen sie bekannt gaben, dass Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Die Multinationalen Konzerne brachten außerdem Vertreter der nationalen Saatgutindustrie an den Diskussions-tisch. Sie erklärten in bemerkenswerter Einmütigkeit, dass sie alle besorgt seien über die Situation der Kinder.

Infolge dessen wurde innerhalb der ASI eine Gruppe zur Abschaffung von Kinderarbeit geschaffen (Child Labour Eradication Group, CLEG), um gemeinsam mit der M.V. Foundation die Betriebe zu überwachen und Kinderarbeit vorzubeugen. Außerdem wurde vereinbart, in den Vertrag mit den Farmern den Passus einzuschließen, dass Kinder nicht beschäftigt werden dürfen und der MVF eine Kopie des jeweiligen Vertrages zukommen zu lassen. Außerdem wurde beschlossen, dass die Unternehmen der MVF Listen mit den Namen sämtlicher Farmer zur Verfügung stellen. Das sollte der CLEG ermöglichen, Kinder zu überwachen, die

in den Betrieben arbeiten. An diesem Punkt sah der Prozess vielversprechend aus. Er schien zu konkreten Schritten zu führen und zu bewirken, dass Kinder von der Arbeit befreit und in die Schule zurückkehren würden.

Aber in der Realität setzte sich die Entschlossenheit Kinderarbeit zu beenden nicht bis in die unteren Ebenen der Hierarchie innerhalb der Saatgutindustrie durch. Verträge auf Dorfebene wurde weiterhin insgeheim mit armen Familien verhandelt. Bis auf das Feld pflanzte sich nur die Botschaft fort: „Wir werden beobachtet“. Dies brachte Farmer und Saatgut-Zwischenhändler dazu, in ihren Geschäftsangelegenheiten weniger klar zu agieren.

Auf nationaler Ebene zogen die Multinationalen Konzerne ihr Angebot zurück, die Listen der Farmer offenzulegen, mit denen sie Verträge eingegangen waren. Trotz wiederholter Nachfragen seitens der MVF bei jedem Meeting wurde der MVF weder eine Kopie der Verträge der Multinationalen Konzerne mit den Farmern noch eine Liste der entsprechenden Dörfer vorgelegt. Gemeinsame Treffen mit der CLEG wurden nicht abgehalten und die Kinder setzten ihre Arbeit auf Baumwollsaatgut-Farmen fort wie zuvor. Die überaus unkooperative Art der Saatgutindustrie brachte die MVF dazu, eine eigene Studie über die arbeitenden Kinder auf den Baumwollsaatgut-Farmen durchzuführen und diese der Saatgutindustrie vorzulegen.

Inzwischen erlag der 13-jährige Junge Mellesh aus Dudhekonda Village im Kurnool Distrikt am 29. Juni 2004 einer Krankheit, während er Pestizide auf einer Baumwollsaatgut Farm verspritzte. Nur wenige Tage später, am dritten Juli, starben zwei weitere Kinder, Paramesh und Bhoolakshmi, acht und zwölf Jahre alt, in Rampur Village im selben Distrikt an Vergiftungserscheinungen, weil sie Pestiziden ausgesetzt waren. Diese Vorfälle, die keinesfalls Einzelfälle darstellen, hatten Aufruhr in den Gemeinden zur Folge.

Neue Entschlossenheit und Strategien

Die Pestizid-Tode der Kinder veranlassten ein Treffen der Multinationalen Konzerne mit der MVF am 9. Juli 2004, auf dem neue Entschlüsse und Beschlüsse gefasst wurden. Während des Treffens brachten die Multinationalen Konzerne zum Ausdruck, dass sie nicht mit der nationalen Industrie über einen Kamm geschoren werden sollten. Sie behaupteten, sie könnten nicht verantwortlich gemacht werden für alle Kinder, die auf den Farmen arbeiten. Dementsprechend wurde beschlossen, dass ein Aktionsplan nur für die Dörfer und Gebiete verabschiedet würde, in denen Multinationale Konzerne aktiv sind. Und wieder forderte die MVF, übereinstimmend mit den Versprechen der CLEG, die Aushändigung der Liste der Dörfer und die Kopie der Verträge der Multinationalen Konzerne mit den Farmern. Bezüglich der Strafen und Sanktionen beharrte die MVF darauf, dass Unternehmen Verträge mit Farmern beenden sollten, die Kinder beschäftigen. Die Multinationalen Konzerne behaupteten, dies sei nicht möglich und sagten, sie würden dies stattdessen in die nächste Saison verschieben und die Verträge nicht mehr erneuern. Dies hatten sie auch schon in Vorjahren behauptet und bislang wurden keine Verträge beendet, auch wenn weiterhin Kinder auf den Farmen arbeiteten. Dann gestanden die Multinationalen Konzerne ein, sich die Beendigung von diesen Verträgen kaum leisten zu können, da die Unternehmen sonst ihren Zugang zu dem grundlegend wichtigen Saatgut verlieren würden. Es war klar, dass die Unternehmen nicht bereit waren, Verträge mit den gegen Kinderrechte verstoßenden Farmern zu beenden. Selbst wenn ihnen konkrete Fälle von Kinderrechtsverletzungen vorgelegt würden, würden sie die Verträge nicht aussetzen, um nicht ihre Profite zu schmälern. Es war offensichtlich, dass sie ein starkes Eigeninteresse am Schutz der Farmer hatten, weil es ihr Saatgut schützen würde. Eine Strafe für die Farmer würde eine Strafe für sie selbst bedeuten.

Und weitere Schritte....

Im Nachgang dieses Treffens haben die Unternehmen letztlich die Listen an die MV Foundation herausgegeben. Die MVF hat eine vorläufige Beispielstudie über 105 Farmer auf 390 Morgen Land erstellt. Im August 2004 wurden dort 1 538 Kinderarbeiter gezählt, obwohl

dann noch keine Hochsaison ist. Nach eigenen Schätzungen der Multinationalen Konzerne wird in Andhra Pradesh auf 2.250 Morgen Hybrid- Baumwollsaatgut angebaut. Während der Nebensaison arbeiten 7-8 Kinder auf einer Farm, während der Hochsaison mindestens 15 Kinder pro Morgen mit der eigentlichen Arbeit der Pflanzenbestäubung beschäftigt sind.

Die Kinder kommen am frühen Morgen aus ihren Dörfern von nah und fern in überfüllten Lastern und Auto-Rikschas und kehren nur nach Hause zurück um am nächsten Tag wieder zurück an die Arbeit zu gehen. Es gibt unzählige Unfälle auf den Farmen, bei denen Kinder schwer verwundet werden und bleibende Schäden erleiden. In einigen Fällen sind die Unfälle tödlich. Während der Hochsaison kaufen die Besitzer großer Farmen Kinder, die dann ganz auf den Farmen leben und arbeiten, so dass keine Zeit durch das tägliche Pendeln nach Hause verloren wird. Die Kinder sind ständig unter ihrer Überwachung und leben in ärmlich eingerichteten Schuppen getrennt von ihrem zu Hause. Sogar wenn sie krank sind, werden die Kinder zur Arbeit gezwungen. Nur wenn ein Kind schwer erkrankt, bringt ein Aufseher es zum örtlichen Arzt.

Bis heute haben nur zwei Multinationale Konzerne (Advanta und Syngenta) eine Kopie ihrer Vertragsvereinbarungen mit Saatgutbauern an die MVF gegeben. Die Vertragsbedingungen sind charakteristisch für die ungleiche Partnerschaft die sie mit den Farmern haben. Das Unternehmen überwacht schärf das System der Qualitätskontrolle und der Produktion. Bei Nichteinhaltung von Standards haften die Farmer, deren Verträge beendet werden können, wenn sie den Vertrag verletzen.

Auf der anderen Seite bezieht sich nur eine einzige Zeile auf Kinderarbeit:

„Die Anbauer stimmen hiermit zu, alle indienweiten und bundesstaatlichen Gesetze einzuhalten einschließlich Kinderarbeit“

Die Vereinbarungen beinhalten keine Strafen für Nichteinhaltung der Kinderarbeitsklausel. Damit existiert in der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung nicht die gleiche Ernsthaftigkeit, mit der den Baumwollsaatgutbetrieben Qualitätsstandards vorgeschrieben werden können.

Was muss getan werden?

Um wirklich Baumwollsaatgut-Farmen ohne Kinderarbeit zu schaffen, müssen die MNC uneingeschränkt die vereinbarten Entscheidungen umsetzen.

1. Die CLEG muss auf der Dorf- und Distrikt-Ebene geschaffen werden. Die MVF hat der ASI bereits Listen ihrer Kontaktpersonen gegeben, die Mitglieder des Forums für den Schutz von Kinderrechten (Child Right Protection Forum) auf lokaler und Distrikt-Ebene sind. Die Listen liegen der CLEG bereits vor. Außerdem besteht der Bedarf, Treffen mit den Saatgutzwischenhändlern und der MVF einzuberufen und zu institutionalisieren. Die ASI muss diese Initiative übernehmen.
2. Der Vertrag der MNCs mit den Farmern muss explizit die Haftung regeln für den Fall, dass ein Kind auf einer Farm arbeitet.
3. Die Liste aller Farmer, an die die ASI eine Verwarnung wegen Beschäftigung von Kindern geschickt hat, muss veröffentlicht werden.
4. ASI muss auf Farmen ohne Kinderarbeit hinwirken und muss ihnen erklären, wie und wann Kinder durch Erwachsene ersetzt werden müssen.
5. Auf nationaler Ebene müssen mit der MVF regelmäßig Bewertungen über den Status der Kinderarbeit vorgenommen werden.
6. Die Multinationalen Konzerne müssen sicherstellen, dass Kinder nicht auf Baumwollsaatgutfarmen anderer Bundesstaaten wie Karnataka und Gujarat beschäftigt werden.

Fazit

Welche Bilanz kann also aus all dem gezogen werden, was für Kinderrechte und zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung getan worden ist? Die Arbeit der MVF mit sowohl großen als auch kleinen Farmern, die unabhängig von internationalen Firmen arbeiten, waren sehr erfolgreich.

Viele Farmer, die zunächst gegen das Anliegen der MVF eingestellt waren, haben ihre Meinung geändert. Sie haben zugesagt, die Ausbildung der Kinder zu finanzieren, die sie zuvor ausgebeutet hatten. Sie nahmen sogar an Kampagnen gegen Kinderarbeit teil und schlossen sich dem Forum zum Schutz von Kinderrechten (Child Right Protection Forum) an, um mit der Regierung über das Angebot von Schulen in den betreffenden Dörfern zu verhandeln. Sie unterstützten Eltern, indem sie sie ermutigten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Sie waren stolz, dass sie die Zukunft der Kinder in eine positive Richtung lenken konnten. Dadurch wurde ihnen der Respekt eines jeden in der Gemeinde zuteil.

Allerdings haben die Farmer, die in ein komplexes Beziehungsnetz mit der nationalen oder internationalen Saatgutindustrie eingebunden sind, wie auch die von ihnen beschäftigten Kinder, weitaus schlechtere Chancen. Die Bildung von Allianzen, um Kinderrechte zu unterstützen ist mit diesen Farmern sehr erschwert, da sie in eine ungleiche Beziehung mit vertraglichen Zwängen einer machtvollen Industrie gefesselt sind. Trotzdem fanden sich viele Farmer, die sich selbst von der Industrie losgesagt haben, um gegen Kinderarbeit einzutreten.

Sehr bezeichnend ist, dass es auf lokaler Ebene eine viel größere Verantwortlichkeit für Kinderrechte gibt als auf nationaler und internationaler Ebene. International wird dem Problem wesentlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Immer wieder wurde zweifelsfrei bewiesen, dass die mächtigen Global Player, die sich zu großartigen Verhaltenskodices und gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung bekennen, die grundsätzlichen Werte und die Menschenrechte mit Füßen treten. Sie haben wenig Rücksicht und Einsatz gezeigt, um demokratische Werte oder die Menschenwürde zu schützen.

Für die Befreiung der ausgebeuteten Kinder müssen die Multinationalen Konzerne den lokalen Farmern mit engagiertem Einsatz nacheifern und begreifen, dass auch sie ohne Kinderarbeit auskommen können.

Shantha Sinha